

Protokoll:

Vorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Rm Wiechmann, begründet den Antrag. Ein vernünftiges Beratungsangebot müsse erhalten bleiben. Er bittet um Zustimmung.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer trägt einen Änderungsantrag vor: „Da nach wie vor eine landesrechtliche Regelung zur Kostenerstattung fehlt, zahlt die Stadt Koblenz die Anteile für die Klientel anderer Jugendämter. Aufgrund des großen finanziellen Konsolidierungsdrucks der Stadt ist es jedoch nicht dauerhaft zu akzeptieren den Beratungsbedarf anderer Landkreise zu decken und alleine zu finanzieren. Daher soll die Aussetzung der Konsolidierung an dieser Stelle auf ein Jahr begrenzt werden. Gleichzeitig solle die Verwaltung beauftragt werden, das Land aufzufordern, so schnell wie möglich die Landesverordnung für die Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz um eine Regelung zur Kostenerstattung zu ergänzen.“

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0042/2013).

Rm Keul- Göbel (BIZ) erklärt, die BIZ- Fraktion sei einverstanden mit dem Änderungsantrag der CDU.

Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wiechmann, ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden und erklärt, seine Fraktion werde den Ergänzungsantrag der CDU übernehmen.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer schlägt vor, die Spendengelder der Stadtwerke in Höhe von 25.000 € einzusetzen. Der Haushalt werde so nicht belastet und der Betrag sei genau passend und einmalig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig widerspricht dem Antrag. Dieser laufe ins Leere. Die Stadt habe einen beschlossenen Haushaltwurf, welcher die Reduzierung der Personalstellen vollziehe. Würde dem Antrag zugestimmt, werde damit zwar ein politischer Wille ausgedrückt, aber der Beschluss sei nicht rechtswirksam. Er schlägt stattdessen vor, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss und in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. In der Zwischenzeit solle geprüft werden, ob es außerhaushaltsmäßige Deckungsmöglichkeiten gebe im Rahmen des beschlossenen Haushalts dem gewünschten Anliegen Rechnung zu tragen. Mit dem Land solle hierzu Kontakt aufgenommen werden.

Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Wiechmann, sieht ein Problem darin, dass bereits schon Gespräche aufgrund der Kürzungen geführt wurden. Die Beratungsstellen aber bräuchten Sicherheit.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, er wolle verhindern, dass heute ein rechtsunwirksamer Beschluss gefasst werde.

Rm Pilger (SPD) weist darauf hin, dass alle Träger sich einhellig dafür ausgesprochen hätten, dass es keine Kürzungen geben solle. Man brauche verschiedene Träger mit unterschiedlichen Angeboten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fasst zusammen man werde wie oben ausgeführt vorgehen. Mit Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein werde er im Stadtvorstand die Konsequenzen besprechen.